

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Eduard Oswald, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Heinz Schemken, Wilhelm Josef Sebastian und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/4688 (neu) –**

Verkehrsbericht 2000

Integrierte Verkehrspolitik: Unser Konzept für eine mobile Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Qualität unseres Verkehrssystems ist auch im 21. Jahrhundert ein maßgeblicher Faktor für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Es gilt, im Spannungsfeld „Mensch–Umwelt–Wirtschaft“ ein Infrastruktursystem zu gestalten, das als leistungsfähiger Produktions- und Standortfaktor für unsere Wirtschaft sowie als Garant individueller Mobilität zur Verfügung steht, dabei aber zugleich den wachsenden Anforderungen an die Schonung der Umwelt vor Lärm- und Schadstoffemissionen gerecht wird.

Leistungsfähige Verkehrswege sind die Grundvoraussetzung für ein Verkehrssystem, das in der Lage sein muss, auch künftige Verkehrszuwächse reibungslos, sicher und umweltschonend zu bewältigen.

Die Notwendigkeit der Verkehrswegeinvestitionen begründet sich in erster Linie aus der erforderlichen Pflege, Unterhaltung und Erneuerung der bestehenden Verkehrswege sowie deren ergänzenden bedarfsgerechten Ausbau. Verkehrswegeinvestitionen sind zudem ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze und sorgen damit für erhebliche beschäftigungswirksame Impulse: 1 Mrd. DM Verkehrsinvestitionen sichert in der Bauwirtschaft und den vor- und nachgelagerten Bereichen rd. 12 000 bis 15 000 Arbeitsplätze! Hinzu kommen jeweils bis zu 3 500 Arbeitsplätze, die während des Betriebs der Projekte entstehen und besonders in wirtschaftlich benachteiligten Regionen von Bedeutung sind, deren Standortgunst durch neue Verkehrswege verbessert wird.

Der Grad der Leistungsfähigkeit von Infrastruktur ist nicht nur prägend für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts, sondern auch ganz unmittelbar ausschlaggebender Faktor für die Lebenszufriedenheit eines jeden Bürgers. Eine defiziti-

täre Infrastrukturpolitik gefährdet beides, Wirtschaftsstandort und individuelle Lebenszufriedenheit. Der Stau auf den Strassen verursacht letztlich auch emotionalen Stau. Der Bürger, der als Nutzer der Infrastruktursysteme viel Geld bezahlt, erwartet von der Politik zu Recht Lösungen für die bestehenden Mobilitätsprobleme.

Infrastrukturpolitik in Deutschland hat auch eine europäische Dimension. Aufgrund unserer zentralen Lage in Europa und den damit verbundenen zunehmenden Verkehrsströmen durch unser Land geht es zum einen darum, dass die damit verbundenen Belastungen für unsere eigene Bevölkerung vertretbar bleiben und Unternehmen in Deutschland über leistungsfähige Anbindungen an ihre Beschaffungs- und Absatzmärkte verfügen. Darüber hinaus geht es um Verantwortung für Europa: Die Verkehrswege durch unser Land dürfen nicht zum Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung Europas werden.

Für den Standort Deutschland mit seiner Lage in der Mitte Europas ist eine leistungsfähige Infrastruktur unabdingbar. Eine starke und dynamische Wirtschaft, Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität einerseits und Mobilität andererseits bedingen einander. Dauerhafte und nachhaltige Mobilität ist Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowie für die Lebensqualität in den Städten und auf dem Land.

Es gilt, jetzt die notwendigen Weichen zu stellen, damit Erhalt sowie Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auch in Zukunft den steigenden Mobilitätsansprüchen von Gesellschaft und Wirtschaft auf einer ökonomisch und ökologisch tragfähigen Basis gerecht werden. Dazu müssen die Schwachstellen und Engpässe in unserer Verkehrsinfrastruktur beseitigt werden. Ziel der Verkehrspolitik ist, die Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems zukunftsorientiert zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihrem eigenen Anspruch nach Klarheit und Wahrheit endlich nachzukommen. Dazu müssen:

- die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt zügig durchgeführt und der fortgeschriebene Bundesverkehrswegeplan noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden,
- umgehend Gesetzentwürfe für die mittlerweile abgelaufenen Bedarfspläne bei Straße und Schiene sowie neu auch für die Bundeswasserstraßen vorgelegt werden,
- umgehend eine systematische Zukunftsplanung für den Erhalt, den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur erstellt und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt werden.

Berlin, den 16. Januar 2001

Dirk Fischer (Hamburg)
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Eduard Oswald
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Georg Brunnhuber
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Peter Götz

Manfred Heise
Hans Jochen Henke
Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgas
Eduard Lintner
Dr. Michael Meister
Norbert Otto (Erfurt)
Heinz Schemken
Wilhelm Josef Sebastian
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion